

# Da waren es nur noch fünf

Die CDU-Mehrheit in der Kammer des Planungsverbandes will die Zahl der Standorte für Windenergienutzung weiter drastisch reduzieren. Doch dagegen erhebt sich auch Widerspruch.

Von Mechthild Harting

RHEIN-MAIN. Als die CDU-geführten Kommunen zum ersten Mal aufschrien, von einer „Kampfansage“ sprachen, da waren es 66 Standorte im Ballungsraum, die nach Ansicht des Planungsverbands für die Windenergienutzung in Frage kamen. Das war im Februar 2006. Seitdem sind die Flächen weiter überprüft worden, anfangs aufgrund eines gemeinsam festgelegten Kriterienkatalogs, später aufgrund immer neuer Wünsche von CDU und FDP. Ihre Zahl reduzierte sich erst auf 36, später, nachdem auch die Kartierung von Fledermäusen und das Vorhandensein von Aussiedlerhöfen berücksichtigt wurde, auf 26 Areale. Nachdem die Standorte überprüft wurden, ob sie nicht „schutzbedürftige Sichtbeziehungen“ störten, da waren es nur noch 14. Das war im Januar.

Heute nun wird den Vertretern der 75 Kommunen im Ballungsraum, die den Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplans beschließen werden, der Vorschlag der CDU-Mehrheit vorgelegt, wonach sich die Zahl sogenannter Windvorranggebiete in der Region auf ganze fünf Flächen beschränken solle. Das entspräche einem Anteil von 0,14 Prozent an der Gesamtfläche. Denn auch im Naturpark Hochtaunus soll sich kein Windrad drehen, ebenso wenig wie an der Regionalpark-Route Hohe Straße oder in Münzenberg. Und bei Seligenstadt, der mit Abstand größten vorgesehenen Fläche für Windparks, vermutet die CDU Fledermausvorkommen. Den Fachbehörden sind die bisher nicht gemeldet worden.

## „Hier regiert der Parteienstaat“

„Das ist energiepolitisch eine Katastrophe und eine tief undemokratische Entscheidung“, steht für SPD-Fraktionschef Ludger Stüve fest. „Hier regiert der Parteienstaat.“ Die CDU im Planungsverband exekutiere „eiskalt und ohne Rücksicht auf Verluste“ die Vorgaben der schwarz-gelben Landesregierung.

Die neue CDU-Umweltministerin Silke Lautenschläger (CDU) hatte die Öffentlichkeit nämlich als Erstes wissen lassen: „Hessen ist nicht das Land der Windenergie.“ Das aber sei einfach falsch, sagt Gordon Hoch vom größten deutschen Hersteller von Windenergieanlagen, Enercon, der etwa in Schöneck im Main-Kinzig-Kreis in diesem Jahr drei Anlagen errichten will. Hessen generell, aber auch das Rhein-Main-Gebiet im Besonderen habe „sehr, sehr gute Windstandorte. Da stimmen die Erträge.“ Die heutige Generation an Windkraftanlagen sei nicht zu vergleichen mit denen, die vor zehn Jahren installiert worden seien; das waren im Vergleich „Windrädchen“, sagt Hoch. Eine heute völlig normale Anlage mit einer Nabenhöhe von 138 Metern erreiche eine Leistung von fünf Millionen Kilowattstunden im Jahr. Damit könne man 3000 Haushalte mit Strom versorgen.

Auch der Hinweis von Umweltministerin Lautenschläger, Offshore-Windkraftanlagen seien eindeutig sinnvoller als Anlagen im Binnenland, hält Hoch für ein Scheinargument. Windkraftanlagen im offenen Meer seien doppelt so teuer wie die im Binnenland, und die Netze, um den dort gewonnenen Strom aufzufangen, seien noch gar nicht vorhanden. Hoch wünscht sich, dass sich die neue Landesregierung einmal mit Investoren und Fachleuten zusammensetzte. „Es wäre gut, wenn die mal bei uns anklopften.“ Mit der derzeitigen Einstellung der Landesre-

gierung, da ist Hoch überzeugt, verschleife Hessen eine wichtige Entwicklung. Nur mit Biomasse allein seien die vom Bund und vom Land vorgegebenen Ziele, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu steigern, nicht zu erreichen. Dabei sei die Windenergie darüber hinaus auch noch preiswert. „Wir sind doch die Billigmacher“, sagt Hoch.

## Schöneck sieht sich übergangen

Der SPD-Politiker Stüve, Bürgermeister von Schöneck, empört sich aber nicht nur aus energiepolitischen Überlegungen über das Vorgehen der CDU. Bei der Streichung der Standorte herrsche Willkür. Kriterien, wie etwa im Naturpark auf Windräder zu verzichten, die gebe es im Planungsrecht gar nicht. Das sei eine „gefährliche politische Entwicklung“. Denn im Fall seiner Gemeinde hatte die rot-grüne Mehrheit in der Gemeindevertretung dem Bau von sieben Windrädern auf zwei Anhöhen in der Gemeinde zugestimmt. Die Gemeinde will die Windräder. 20 Millionen Euro werden Stüve zufolge für die Anlagen investiert. „Wir sollten froh sein, dass solche Investitionen getätigt werden“, sagt der Bürgermeister. Es gehe auch um Arbeitsplätze.

Doch der Wille der Kommune interessiert die CDU-Mehrheit im Planungsverband nicht. Sie lehnt die Windräder in Schöneck ab. Sie störten den Blick von der Regionalpark-Route Hohe Straße. Allerdings sind im Januar drei Anlagen vom Regierungspräsidium genehmigt worden, „die sind nicht mehr zu stoppen“, hofft Stüve, für die anderen vier läuft das Bauantragsverfahren. Auch in Rodgau hatte sich die Stadtverordnetenversammlung für ein Windvorranggebiet in der Gemarkung der Stadt ausgesprochen. Die Mehrheit im Planungsverband will es nicht.

Nicht alle in den Reihen der CDU sind zufrieden mit dieser Entwicklung. Sie wissen, dass die Regionalpolitiker mit ihrem rigiden Vorgehen gegen Windräder das Risiko eingehen, dass gegen den gesamten Regionalen Flächennutzungsplan geklagt werden kann. Denn das Planungsrecht steht derzeit auf Seiten der Investoren für Windkraftanlagen. Mit der Ausweisung von Windvorranggebieten versucht die Politik zugunsten der Kommunen eine rechtliche Grundlage zu schaffen, um die Errichtung der Anlagen zu bündeln und zu verhindern, dass überall im Land Windräder errichtet werden dürfen.

Wenn zu wenige Vorranggebiete ausgewiesen werden, so wird von Fachleuten befürchtet, könnten Investoren klagen. Denn das Bundesverwaltungsgericht hat bereits zugunsten von Investoren geurteilt, „der Windenergie muss substantiell zur Durchsetzung verholfen werden“. Doch ob mit „substantiell“ ein Anteil von 0,5 Prozent der Gesamtfläche gemeint ist, wie es der Regionalplan für Mittelhessen vorsieht, oder gar von einem Prozent, wie es der frühere Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU) einmal gefordert hatte, das ist offen. Dietzel hatte seinerzeit argumentiert, man solle ein Prozent der Fläche ausweisen, um 99 Prozent von Windrädern freizuhalten. Sollte der Regionale Flächennutzungsplan, der die Entwicklung des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main bis 2020 umreißt, von Gerichten gekippt werden, dann könnten nachher die Räder auf den besten Flächen stehen, sorgen sich einzelne CDU-Politiker, etwa auf dem Taunuskamm, dort, wo es am windigsten ist und die Regionalpolitiker es am wenigsten wollen.



Großes Rad: Der Streit um Windparkregionen beginnt erst richtig.

Foto Tobias Schmitt

## Standorte für Windparks

